



Postgesetz geht in den Bundestag

Nachbesserungen gefordert

Entlassungen
bei DPD

Inhalt

KEP

Massenentlassungen bei DPD 4

TITELTHEMA

Insgesamt unzureichend 5

LOGISTIK

Menschenrechte durchsetzen 6–7

MITBESTIMMUNG

„In der Logistik wird KI eine große Rolle spielen“ 8–9

LOGISTIK

Bauernproteste in Berlin 10

SERVICE

Termine 11–12

ver.di-Rechtsschutz lohnt sich!

Ein Fall der Mut macht: Im niedersächsischen Wunstorf hatte der Arbeitgeber Amazon im örtlichen Verteilzentrum 2023 den in der Belegschaft sehr geschätzten Kollegen Hassan gekündigt. Der Grund: Amazon hatte seine Krankmeldung angezweifelt. Beweise konnte das Unternehmen für diese Unterstellung allerdings nicht vorlegen. Hassan wendete sich an ver.di und reichte mit gewerkschaftlicher Unterstützung Klage ein. Tatsächlich stellte das Arbeitsgericht in Hannover am 16. Januar 2024 fest, dass eine Kündigung ohne Anhaltspunkte absurd ist. Noch vor einem Urteilsspruch überzeugte es Amazon, einem Vergleich zuzustimmen. Hassan konnte kurzfristig wieder an seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren, was unser Kollege mit Freude tat. Das Ergebnis zeigt: Kämpfen lohnt sich und die Gewerkschaft hilft dabei. Hassan und seine Kolleg*innen freuen sich nun auf die weitere Zusammenarbeit!



Foto: Nonni Morisse

Aktionstag Menschenrechte



„MENSCH, DU HAST RECHT(E)!“ – so lautete das Motto des jüngsten „Aktionstags Menschenrechte“ der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) der Deutschen Post AG (DP AG). Vor allem die Gleichstellung der Geschlechter sollte dabei im Fokus stehen. Ausgetragen wurde der Aktionstag am 13. Dezember 2023 in Nürnberg Fürth. Eingeladen waren alle Auszubildenden und dual Studierenden des Entsendebereichs Süd aus den Niederlassungen München, Nürnberg, Straubing, Freising, Würzburg und Augsburg; insgesamt 141 Teilnehmer*innen (einschließlich Ausbilder*innen) waren der Aufforderung gefolgt.

Wie in jedem Jahr war auch ein Verein eingeladen, der sich für Menschenrechte einsetzt. Diesmal war es der Verein „Weißer Ring e. V.“, der Menschen zur Seite steht, die Opfer von Kriminalität und Gewalt geworden sind. Die Barmer Ersatzkasse, die Aktion „Gelbe Hand“, die GUV/Fakulta, das Netzwerk RainbowNet, Diversity und ver.di hatten Infostände aufgebaut, an denen sie über ihr Engagement für die Menschenrechte aufklärten.

Die Auszubildenden konnten zwischen vier verschiedenen Workshops wählen, in denen es um sexuelle Belästigung, Gewalt, Stalking, Bevorzugung, Gleichstellung und die Gleichberechtigung aller Geschlechter ging. Vertreter*innen des „Weißer Rings“ unterstützten uns in den Workshops und teilten ihr Wissen mit uns. Im Auftrag der Deutschen Post DHL Group, konnte Sandra Elmir, Human Resources bei der DP AG, eine Spende von 1.500 Euro an den Verein übergeben.

IMPRESSUM

bewegen: Nr. 1/2024, 23. Jahrgang
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Bundesvorstand: Frank Werneke, Andrea Kocsis
Redaktion: Rory Linton (verantwortlich)
Kontakt & Anzeigenverkauf: bewegen.psl@verdi.de
Redaktionsanschrift: ver.di Bundesverwaltung, Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik, 10112 Berlin
Erscheinungsweise: 8 Ausgaben pro Jahr
Druckauflage: 196.637
Gestaltung: datagraphis GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden-Nordenstadt, www.datagraphis.de
Druck: Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Titelfoto: ver.di

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 2/2024: 28. Februar 2024
 Ausgabe 3/2024: 24. April 2024

VERSANDBEGINN

Ausgabe 2/2024: 22. März 2024
 Ausgabe 3/2024: 17. Mai 2024



Gedruckt auf GraphoSilk FSC® 80 g/m²



Foto: Melinda Käufer



Mehr Geld im Portemonnaie

Für die Beschäftigten im **Speditions- und Logistikbereich** in Bayern gibt es aus der Tarifrunde im Winter 2022 den zweiten Erhöhungsschritt zum Februar 2024 mit einer Festbetragerhöhung von 90 Euro. Bereits zum Januar 2023 wurden die Entgelte um 130 Euro erhöht. Zum Juli 2024 gibt es dann nochmals eine Erhöhung von 80 Euro. Die Auszubildenden erhalten nach einer Erhöhung von 70 Euro zum Januar 2023 eine weitere Erhöhung zum Februar 2024 in Höhe von 50 Euro und 30 Euro zum Juli 2024. Der Tarifvertrag hat noch eine Laufzeit bis zum 30.11.2024.

Bei der **Bundesanstalt P+T** erhalten die Arbeitnehmer*innen eine Erhöhung der Tabellenentgelte ab 1. März 2024 um 200 Euro zuzüglich 5,5 Prozent. Dies bedeutet bei Vollzeit eine tabellenwirksame Erhöhung zwischen 340 und 649 Euro monatlich. Der Tarifvertrag läuft noch bis zum 31.12.2024.

Verhandlungsstillstand in NRW – ver.di weitet Warnstreiks aus!

Die laufende Tarifrunde für die Speditions-, Logistik- und KEP-Branche in Nordrhein-Westfalen ist ins Stocken geraten, nachdem sich die Arbeitgeberverbände VSL NRW, VVWL und des Verkehrs- und Transportgewerbes im Bergischen Land geweigert haben, einen zweiten Verhandlungstermin für die 176.000 Beschäftigten zu vereinbaren. Die erste Runde endete ergebnislos im vergangenen Dezember.

ver.di ruft die Arbeitgeber dazu auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. „Wenn die Arbeitgeberseite nicht mit uns verhandeln möchte, werden wir den Druck deutlich erhöhen“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Thomas Großstück. ver.di ließ den Worten Taten folgen und rief kurz vor Redaktionsschluss zu weiteren Warnstreiks auf.

Die Forderungen von ver.di beinhalten ein volles 14. Monatsentgelt anstelle des bisherigen Urlaubsgeldes, drei zusätzliche Urlaubstage, Mehrarbeitszuschläge von 25 Prozent (auch in Teilzeit), Ausdehnung der Nachzuschläge von 20:00 bis 06:00 Uhr, Erhöhung der Zuschläge für Nachtarbeit zwischen 00:00 und 04:00 Uhr um 40 Prozent sowie Anhebung der Zuschläge für Arbeit an Sonntagen auf 100 Prozent und an gesetzlichen Feiertagen auf 150 Prozent.

Betroffen von der Tarifrunde sind unter anderem Beschäftigte von Hermes, Offergeld, trans-o-flex, DPD, UPS, Schenker Deutschland, FedEx, Kühne und Nagel, DHL Logistik NRW, Bönders Spedition und Talke Emmerich.

ANZEIGE



Gemeinsam mehr erreichen!

Gewerkschaftlicher Schutz seit 1910.

Unsere Leistungen

Sicherheit im Beruf
Schutz auf allen Arbeitswegen
Unterstützung nach Unfällen
und vieles mehr...

Verbundenheit statt Versicherung.

Solidarkasse statt Gewinne,

Fairer Beitrag statt Kostenfalle.

Der Beitrag beträgt **24 Euro im Jahr**, das sind 2 Euro pro Monat.

Schutz und Hilfe: Beispiel



Kraftfahrer D. stürzte von seinem LKW und zog sich einen Beinbruch zu. Krankenhausaufenthalt 24 Tage.

Die GUV/FAKULTA zahlte 520 Euro Unfall-Krankenhaustagegeld.

Jetzt Mitglied werden!

www.guv-fakulta.de



info@guv-fakulta.de

www.guv-fakulta.de



Foto: picture alliance / REUTERS | Toby Melville

MASSENENTLASSUNGEN

BEI DPD

Gesamtbetriebsrat erstreitet Interessenausgleich und Sozialplan

Den Paketdienstleistern bescherte das Coronavirus eine goldene Zeit: Der Onlinehandel boomte, die Paketvolumina in den Hubs, Depots und in der Zustellung schnellten in die Höhe. In der Hoffnung, dass dies so bleibt, bauten Paketdienstleister ihre Kapazitäten aus. „Das hat sich nicht bewahrt, viele Menschen suchen wieder vermehrt den stationären Einzelhandel auf“, so Patrick Gerson, ver.di-Gewerkschaftssekretär und DPD-Unternehmensbetreuer mit Sitz in Aschaffenburg. In der Folge seien die Paketvolumina zurückgegangen. Das treffe alle Paketdienstleister, allerdings in unterschiedlichem Maße. DPD habe sehr starke Einbrüche verzeichnen müssen.

Derzeit hat DPD in Deutschland noch 79 Standorte, von denen bis in den hintersten Winkel der Republik geliefert wird. „Das gesunkene Paketvolumen hat zu einem geringeren Personalbedarf geführt, DPD sieht sich zu unternehmerischen Maßnahmen gezwungen, die leider nicht an den Belegschaften vorbeigehen“, erklärt Gerson. Mit dem Programm „Reorganisation FIT“ will DPD bis Ende 2025 eine standortübergreifende Umstrukturierung in allen Bereichen vollziehen. „DPD hat angekündigt, bundesweit 1.210 Vollzeitstellen zu streichen, grob gerechnet jeden siebten Arbeitsplatz.“ Weil Depots verkleinert oder geschlossen werden sollen, werde geprüft, ob Versetzungen an andere Standorte möglich sind, ansonsten drohe die betriebsbedingte Kündigung.

In etlichen Verhandlungsrunden einigten sich der Gesamtbetriebsrat (GBR) und die Arbeitgeberseite auf einen Interessenausgleich und einen Sozialplan, beide Dokumente wurden am 7. Dezember 2023 unterschrieben. Demnach kommt bei den Kündigungen eine Sozialauswahl nach Alter, Betriebszugehörigkeit, Unterhaltungspflichten und Schwerbehinderung zum Tragen; außerdem wurden vier Altersgruppen gebildet, aus denen gleichmäßig entlassen werden soll. Gekündigte Arbeitnehmer*innen sollen eine Abfindung gemäß der Formel „Betriebszugehörigkeit x Bruttomonatsgehalt x 0,5“ erhalten.

„Der Umstrukturierungsprozess wird eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, wir sprechen nicht von Wochen, sondern von Monaten und zum Teil Jahren“, erklärt Gerson. ver.di habe den

GBR bei den Vereinbarungen unterstützt. „Das Ergebnis ist akzeptabel, aber natürlich hätten wir uns größere Zugeständnisse gewünscht. Ende 2025 müssen wir schauen, woran gegebenenfalls noch zu feilen ist, inwiefern der Arbeitgeber beschlossene Maßnahmen umgesetzt hat, was gegebenenfalls noch ansteht, wo noch Korrekturbedarf besteht.“

Für die Gewerkschaftssekretär*innen in der Fläche beginne nun die Arbeit erst, weil die Maßnahmen jetzt betrieblich umgesetzt werden müssen. „Wir stehen allen Mitgliedern und Betriebsratsgremien vor Ort mit Rat und Tat zur Seite, schauen, wie wir möglichst viele Arbeitsplätze doch erhalten können.“ So versuche man beispielsweise weiterhin, Kolleg*innen zwischen den Depots zu vermitteln. Viele DPD-Kolleg*innen seien ver.di-Mitglieder; Arbeitskämpfe seien juristisch noch immer möglich. Angesichts des verbreiteten Fachkräftemangels liege es auch im Interesse des Unternehmens, Arbeitskräfte zu halten, die es vorher händeringend gesucht hat. Momentan bewege sich Logistikbranche zwar teilweise im Rückwärtsgang, längerfristig sei sie nach wie vor ein Wachstumsmarkt.

Ute Christina Bauer

INSGESAMT UNZUREICHEND

Bundeskabinett beschließt Postgesetz-Novelle. Schritte in die richtige Richtung, aber Probleme bleiben ungelöst. ver.di fordert Nachbesserungen.

Jetzt sind der Bundestag und der Bundesrat gefragt. Nachdem das Bundeskabinett im Dezember eine Novellierung des Postgesetzes beschlossen hat, fordert ver.di deutliche Nachbesserungen im parlamentarischen Verfahren. Denn die Gesetzesvorlage sichert die Finanzierung des Universaldienstes, verpasst es aber, die Bedingungen in der Branche nachhaltig zu verbessern.

Die Beschäftigten der Post- und Paketbranche haben mit der Großdemonstration am 9. Oktober 2023 in Berlin deutlich gemacht: Sie wollen ein Postgesetz, das ihre Gesundheit schützt und den Wettbewerb fair regelt. Mit der vom Kabinett beschlossenen Gesetzesnovelle werden diese Anliegen nur zu einem kleinen Teil erfüllt. So hat die Bundesregierung bei der Finanzierung des Universaldienstes nachgebessert, der Universaldienst steht nun auf sicheren Füßen.

Auch sollen Pakete, die schwerer als zehn Kilogramm sind, gekennzeichnet werden – »ein erster Schritt zu mehr Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz«, lobte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. Doch Pakete mit über 20 Kilogramm sollen weiter von nur einer Person zugestellt werden können, wenn technische Hilfsmittel wie Sackkarren zur Verfügung stehen. »Diese Vorgabe ignoriert, dass die bereits heute vorhandene Sackkarre im Zustellfahrzeug nicht ausreicht, um vor gesundheitlichen Schäden zu schützen«, so Kocsis weiter. Die Gewerkschaft bleibt daher bei ihrer Forderung nach einer »echten 20-Kilogramm-



Foto: picture alliance / EPA | Clemens Bitan

Grenze«, ab der Pakete nur noch zu zweit ausgeliefert werden.

Ebenfalls nachbessern muss der Bundestag, um dem Lohn- und Sozialdumping in der Paketbranche Einhalt zu gebieten. Zwar soll die im Briefmarkt bestehende Lizenzpflicht in Form eines »Anbieterverzeichnisses« auf die Paketbranche ausgeweitet werden, was ver.di begrüßt. Das kann so jedoch schwer flächendeckend kontrolliert werden. Zudem soll die Aufnahme in das neue Anbieterverzeichnis erst in 36 Monaten abgeschlossen sein – drei Jahre, in denen die miserablen Arbeitsbedingungen in vielen Subunternehmen fortbestehen werden. »Ein Verbot von Subunternehmen in der Paketbranche wäre wesentlich schneller, effektiver und der richtige

Weg, die von der Regierung erkannten Probleme in der Branche anzugehen«, betonte Kocsis. Ein solches Verbot hatte Anfang Dezember auch die Arbeits- und Sozialministerkonferenz gefordert. Die Bundesregierung bleibt nun hinter der Position der Bundesländer zurück.

Die Gesetzesnovelle ist nicht nur unzureichend. In einigen Fragen geht sie in die falsche Richtung. So sollen zum Beispiel die Laufzeiten von Briefsendungen auf drei bzw. vier Tage verlängert werden. »Das verschlechtert das Dienstleistungsangebot für die Kundinnen und Kunden deutlich«, kritisierte Kocsis. Ihr Fazit: Die Probleme der Branche werden mit der Novelle des Postgesetzes nicht gelöst. Es muss grundlegend nachgebessert werden.

87.000 Unterschriften!

Parallel zu unserer Petition hat das Peng! Kollektiv vor Weihnachten eine weitere Petition gestartet. Beide fordern, ein weitreichendes Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Paketbranche zu verabschieden und Subunternehmensstrukturen zu verbieten. So haben insgesamt rund 87.000 Bürger*innen die Forderungen an die Bundesregierung mit ihren Unterschriften unterstützt. Am Mittwoch, den 31. Januar 2024, übergaben ver.di und Peng! die Unterschriften an Anette Kramme, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Weitere Informationen: kurzelinks.de/fairzugestellt



MENSCHENRECHTE DURCHSETZEN

Proteste in Gräfenhausen haben die Bedeutung des Lieferkettengesetzes gezeigt.

Die EU arbeitet an einer Richtlinie, die die Verantwortung großer Unternehmen für die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechten entlang der Lieferketten fest schreibt. In Deutschland besteht das Lieferkettengesetz seit Anfang 2023, zum 1. Januar 2024 wurde es auf Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte ausgeweitet. Erstmals hat es bei den wochenlangen Protesten osteuropäischer Lkw-Fahrer im Frühling und Sommer 2023 am Rastplatz Gräfenhausen bei Darmstadt eine sichtbare Wirkung entfaltet (be.wegen berichtete). Letztlich konnten die Fahrer in beiden Fällen die Auszahlung ausstehender Löhne durchsetzen. Im Interview mit dem niederländischen Gewerkschafter Edwin Atema von der Stiftung Road Transport Due Diligence (RTDD), den die Trucker zu ihrem Verhandlungsführer bestimmten, blicken wir zurück auf den Arbeitskampf in Gräfenhausen und die Schlussfolgerungen daraus.

be.wegen: Welche Rolle spielte das Lieferkettengesetz bei der Auseinandersetzung in Gräfenhausen?

Edwin Atema: Eine große, insbesondere beim zweiten Protest im Sommer. Im Frühjahr erklärten die Kunden des polnischen Unternehmens Mazur, darunter etliche große deutsche Konzerne, sie hätten von nichts gewusst. In Zukunft würden sie verhindern, dass Mazur ihre Waren transportiert. Einige Konzerne haben nach eigenen Angaben in die Verträge mit ihren Subunternehmen

geschrieben, dass Mazur nicht mehr beauftragt wird. Doch dann kam Gräfenhausen 2 und es stellte sich heraus, dass ihre Waren immer noch auf den Mazur-Lkw waren. Niemand konnte mehr sagen: Wir haben das nicht gewusst. Es reicht eben nicht, die Einhaltung der Menschenrechte in Papiere zu schreiben. Entscheidend ist, dass das in der Praxis geschieht.

be.wegen: Wie kam das Lieferkettengesetz ins Spiel?



Foto: privat

Edwin Atema, niederländischer Gewerkschafter und Verhandlungsführer von der Stiftung Road Transport Due Diligence (RTDD)

Edwin Atema: Der Besuch des Präsidenten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Torsten Safarik, spielte eine wichtige Rolle. Das Amt prüfte mit zwei Teams vor Ort die Frachtpapiere und bestätigte: Mazur verstößt massiv gegen Menschen- und Arbeitnehmerrechte. So kamen die Kunden der Spedition nicht nur öffentlich und moralisch unter Druck, sondern auch juristisch. Wir haben klar gemacht:

Wenn in Gräfenhausen Menschen sterben, dann tragen auch die deutschen Konzerne eine Verantwortung. Und das war ernst. Die Kollegen waren so verzweifelt, dass sie in den Hungerstreik getreten sind. Das war kein Theater, das war ein tief getragener Hungerstreik, bei dem Fahrer auch wirklich krank waren. Es sind keine Menschen gestorben, aber ein Millimeter weiter und wir hätten drei, vier, fünf Tote auf dem Parkplatz gehabt. Und deswegen durfte ich auch sagen: Wenn hier Leute sterben, dann ist nicht nur Mazur schuldig.

be.wegen: *Das hat am Ende die Lösung gebracht?*

Edwin Atema: Der Cocktail aus öffentlichem, moralischem und juristischem Druck hat dazu geführt, dass wir den Konflikt lösen und Geld für die Fahrer beschaffen konnten. Anders war es bei Gräfenhausen 1 im Frühjahr. Da hat ein beladener Lkw den Sieg gebracht, dessen Ladung ein Konzern dringend brauchte. Der hat so viel Druck auf Mazur gemacht, dass das Unternehmen seine Lohnschulden von insgesamt 303.363,36 Euro bis auf den letzten Cent bezahlte.

be.wegen: *Du hast mal gesagt, in Gräfenhausen haben »die Prekärsten der Prekären« gekämpft. Wie kommt es überhaupt, dass das möglich war?*

Edwin Atema: Ganz einfach: Die Fahrer hatten nur noch eins zu verlieren – ihr Leben. Ich hatte erst gestern wieder einen Fall in Deutschland von einem Fahrer aus Zentralasien. Er hat bei der Bank 3.000 Euro geliehen, um sich während seines Jobs in Europa zu verköstigen. Nachdem er neun Monate gefahren ist und kein Geld bekommen hat, hat er noch 50 polnische Zloty auf dem Konto. Was haben Kollegen wie er noch für Optionen, außer sich zu wehren?

be.wegen: *Dennoch zeigt sich, dass die Zustände für viele, insbesondere osteuropäische Fahrer weiterhin katastrophal sind. Wie können sie insgesamt verändert werden?*



Das Lieferkettengesetz regelt grenzüberschreitend die Verantwortung für Menschenrechte

Edwin Atema: Aus zwei Richtungen. Als Gewerkschaften müssen wir systematisch mehr tun, um diese Kollegen zu organisieren. Also bottom up: die Situation von unten nach oben verbessern. Und zugleich umgekehrt, von oben nach unten: die Generalunternehmer in die Pflicht nehmen, um Menschenrechtsverstöße zu verhindern. Wenn beides zusammenkommt, kann das viel bewirken.

be.wegen: *Und dabei hilft das Lieferkettengesetz?*

Edwin Atema: Ja, wobei die Beschäftigten bei der Kontrolle der Lieferketten und der Durchsetzung ihrer Rechte selbst einen zentralen Platz einnehmen sollten. Genau das unterstützen wir von der Stiftung Road Transport Due Diligence (RTDD). In Gräfenhausen hat mein Team die Lieferkette ganz genau analysiert. Es war nicht so, als hätten wir zufällig Pfeile auf ein Dartboard gewor-

fen. Wir haben konkret herausgefunden, wer die Verantwortlichen sind und stets das BAFA darüber informiert. Das war eine Grundlage dafür, dass wir den Konflikt lösen konnten.

be.wegen: *Ist es realistisch, dass sich osteuropäische Lkw-Fahrer in großer Zahl gewerkschaftlich organisieren?*

Edwin Atema: Das ist sehr realistisch. Aber wir müssen das strategisch angehen. Die Firmen operieren international, und das müssen wir als Gewerkschaften auch mehr tun. Diese Diskussion hat jetzt begonnen, und das finde ich sehr positiv. Wenn jemand aus Usbekistan kommt und für eine Firma in Litauen arbeitet, ein halbes Jahr später in Polen angestellt wird und so weiter, dann reicht es nicht zu sagen: Komm heute in die litauische Gewerkschaft und morgen in die polnische. Wir brauchen größere strategische Lösungen.

Interview: Daniel Behruzi

Streit um EU-Richtlinie

Vertreter*innen der EU-Staaten und des Europaparlaments haben sich Mitte Dezember auf eine Lieferkettenrichtlinie geeinigt. Doch deutsche Wirtschaftsverbände und die FDP laufen weiterhin Sturm dagegen. Verbindliche EU-weite Regeln für Sorgfaltspflichten entlang von Lieferketten seien längst überfällig, betonte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. »Jahrzehnte freiwilliger Selbstverpflichtungen haben gezeigt, dass sehr viele Unternehmen anders kaum Verantwortung für Arbeitsbedingungen entlang ihrer Lieferketten übernehmen.« Der Bundeskanzler müsse die FDP in die Schranken weisen und an der deutschen Zustimmung im EU-Rat festhalten.

„In der Logistik wird KI eine große Rolle spielen“

BETRIEBSRATSARBEIT BEI DER NAGEL-GROUP

Wie sieht eigentlich die konkrete Arbeit von Betriebsräten vor Ort aus? Welche Erfolge verbuchen sie, welchen Herausforderungen müssen sie sich stellen? Um den Leser*innen darin Einblicke zu verschaffen, startet die *be.wegen* eine neue Serie: In lockerer Folge wird das Engagement einer Betriebsrätin oder eines Betriebsrat vorgestellt. Den Auftakt macht hier Gunar Kotte. Er vertritt bei der Nagel-Group als Betriebsratsvorsitzender am Standort Ottendorf-Ockrilla und als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats (GBR) insgesamt 7.000 Beschäftigte. Schon sein mit nur einem „n“ geschriebener Vorname macht ihn zum Unikat. „Da hat sich wohl die Krankenschwester nach meiner Geburt verschrieben“, lacht Kotte.

Die auf Lebensmitteltransporte spezialisierte Nagel-Group mit Sitz in Vermold bei Bielefeld beschäftigt europaweit an rund 130 Standorten mehr als 11.000 Mitarbeiter*innen. Zuletzt erwirtschaftete das Unternehmen einen Umsatz von rund zwei Milliarden Euro. 2016 erwarb die Nagel-Group das auf Tiefkühlkost spezialisierte Münchner Unternehmen MUK-Transthermos, seitdem ist sie in Deutschland Marktführerin im Bereich der Lebensmitteltransporte. Jährlich macht der Konzern einen Umsatz von mehr als zwei Milliarden Euro. „Rund 75 Prozent des Kühlschrankinhalts befanden sich irgendwann einmal in einem Lkw der Nagel-Group“, erklärt Kotte nicht ohne Genugtuung. Die Übernahme von Transthermos habe den GBR jedoch sehr beschäftigt, nach der Zusammenführung war das Gremium mit 72 Mitgliedern zu groß. „Wir mussten den Gesamtbetriebsrat aufgrund gesetzlicher Vorgaben komplett neu aufstellen und auf 54 Personen reduzieren.“

Gunar Kotte ist ein waschechter Sachse, der zu DDR-Zeiten eine Ausbildung bei der Reichsbahn absolvierte. Nach der Wende ließ er sich zum Heizungsbauer umschulen. Als Heirat und Familiengründung anstanden, erwies sich dieser Beruf wegen der vielen Reisen aber als nicht familienfreundlich.

Kotte sattelte erneut um und fing 2002 als Lagerarbeiter bei der Nagel-Group an. Schnell stieg er zum Lagermeister auf. Neben der eigentlichen Arbeit kümmerte er sich intensiv um die Belange der Mitarbeiter. Beides zusammen rieb ihn so sehr auf, dass er 2008 einen Burnout erlitt – ein Einschnitt, der ihn in vielerlei Hinsicht umdenken ließ. Als er in den Betrieb zurückkehrte, war für ihn klar, dass er sich noch stärker für die Interessen der Arbeitnehmerschaft einsetzen wollte. 2010 ließ er sich für den Betriebsrat aufstellen; seit 2013 ist er freigestellt.

Immer auf Achse

Als Betriebsrat muss Gunar erneut viel reisen, aber weil die Kinder aus dem Haus sind, ist das kein großes Problem mehr. Regelmäßig fährt er nun nach Vermold in die Konzernzentrale, die meisten GBR-Treffen finden jedoch im zentral gelegenen thüringischen Friedrichroda statt. Die inzwischen selbstverständlich gewordenen Videokonferenzen erleichtern die Arbeit zwar, dennoch finden Kotte und seine Mitstreiter Präsenztreffen angenehmer. „Von Angesicht zu Angesicht kommt mehr rüber.“ Und weil ewig lange Videokonferenzen anstrengend sind, hat der GBR solche Sitzungen auf maximal drei Stunden, in



Foto: privat

Gunar Kotte, Betriebsratsvorsitzender und Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats bei der Nagel-Group

denen nur zwei Sachthemen behandelt werden, begrenzt.

„Bei uns im Betrieb wie auch an den weiteren Standorten hat der gewerkschaftliche Aspekt an Bedeutung gewonnen, das sehe ich sehr positiv. Da sind ganz neue Basics entstanden. Ich freue mich, dass in Sachsen, Thüringen, und Sachsen-Anhalt jeder Betrieb in der Tarifkommission vertreten ist. Gemeinsam mit den Gewerkschaftssekretären konnten wir für die drei Bundesländer drei richtig gute Flächentarifverträge abschließen“, betont Kotte, der auch





Foto: Nagel-Group | Nagel-Group Logistics SE

Mitglied der Tarifkommission ist. Noch vor drei Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass Kollegen in Borgholzhausen (NRW) an einem Warnstreik teilgenommen hätten.

Um Arbeitsplätze bangen muss der GBR der Nagel-Group momentan nicht, das Unternehmen sucht händeringend nach Mitarbeiter*innen und könnte gut und gern 400 Leute einstellen. Herausforderungen liegen an anderer Stelle. So sei der größte Erfolg, den der GBR erreicht habe, eine „supergeniale Gesamtbetriebsvereinbarung zur Künstlichen Intelligenz (KI). Die haben wir schon 2021 abgeschlossen, ohne zu wissen, welche Fahrt dieses Thema aufnehmen wird.“

KI in der Logistik

Er sei sicher, dass KI in der Logistik eine wachsende Rolle spielen wird, im Bereich der Tourenplanung habe sie bereits Einzug gehalten. Aber die Entwicklung gehe weiter. „Wir sind eines von ca. 600 Unternehmen weltweit, die den Copiloten, eine Assistentenfunktion mit KI für Microsoft 365-Anwendungen, einführen. Das ist so etwas wie ChatGPT in der Office Umgebung für den persönlichen Bereich. Man kann das Tool beispielsweise anweisen, die Inhalte der wichtigsten Mails der letzten Woche zusammenzufassen; innerhalb einer Minute kommt das Ergebnis. Für mich ist das fast so, als hätte man den Computer noch einmal neu erfunden.“

Die große Herausforderung werde sein, Leute für neue, KI-basierte Tätigkeiten zu qualifizieren. Die Leute müssen wissen, dass sich ihre Arbeitswelt rasant verändert und dafür bereit sein. In der Pflicht seien aber zu großen Teilen der deutsche Gesetzgeber und die EU. „Die müssen entsprechende Ethikrichtlinien aufstellen. KI darf die Leute unterstützen, aber sie darf nie den Menschen oder das Denken ersetzen.“ Wichtig im Zusammenhang mit der KI sei die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten. „Momentan haben wir diese mit einer Vereinbarung abgesichert. Aber die Implementierung von Microsoft 365-Tools stellt uns vor große Herausforderungen – die amerikanischen Systeme berücksichtigen Persönlich-

keitsrechte kaum und die Arbeitgeber spielten mögliche Eingriffe herunter. Zum Glück habe der GBR in seinem IT-Ausschuss seit über 30 Jahren einen externen Sachverständigen, der ihm hilft, Gefahren zu erkennen. „Als Betriebsrat müssen wir da sehr aufpassen. Wir arbeiten stetig daran, die Nutzung der Tools im Sinne der Beschäftigten zu regeln.“ Oftmals funktioniere das leider nur auf juristischem Wege über eine externe Einigungsstelle.

Auf die richtige Balance kommt es an

Wie von allen Mitgliedern fordert die Arbeit im Betrieb und im GBR von Kotte hohen Einsatz. Und weil das noch nicht reicht, ist der inzwischen 56-Jährige noch ehrenamtlich aktiv – bei der Berufsgenossenschaft Verkehr und als Richter beim Arbeitsgericht Dresden. Der Burn-out hat ihn gelehrt, auf die Signale seines Körpers zu achten und für Ausgleich zu sorgen: Den Kopf bekommt er frei bei den Spielen seines Fußballvereins Dynamo Dresden. Und entspannenden Einfluss hat die Zucht von Zwerg-Holländer Haubenhühnern. Wenn er mal wieder in die Luft gehen könnte und er das Glück hat, im Homeoffice zu sein, geht er für einen Moment zu seinen Hühnern. Danach kann er ruhig und besänftigt zum Wohle der Beschäftigten weiterarbeiten.

Ute Christina Bauer

Foto: Gunar Kotte



Kolleg*innen von der Nagel-Group streiken in Bayern.

BAUERNPROTESTE IN BERLIN



Foto: picture alliance / Geisler-Fotopress

Arbeitgeberverband ruft zur Beteiligung am Bauernprotest auf. Stefan Thyroke erklärt die ver.di-Position.

Ein bisschen Stau auf dem Arbeitsweg in Berlin ist keine Seltenheit, aber am 15. Januar dauerte er ungewöhnlich lange. Der Grund ein anderer, als sonst im Januar zu erwarten: Nein, kein Glattteis, sondern vielmehr Tausende von Traktorfahrer*innen, die sich entschlossen hatten, sich ihren Weg durch Berlin zu bahnen. Vor dem Brandenburger Tor bildeten sie eine beeindruckende Kolonne und protestierten lautstark gegen geplante Subventionskürzungen in der Agrarwirtschaft. In einer Stadt, in der man häufig vergisst, dass Lebensmittel nicht einfach im Supermarkt wachsen, war dies eine ungewöhnliche Erinnerung daran, dass Menschen hinter der Produktion unserer Nahrung stehen – und dass sie aktiv für ihre Interessen eintreten.

Zugegeben, Agrardiesel fällt nicht in den Kernbereich von ver.di, aber die aktuellen Bauernproteste berühren dennoch unsere Gewerkschaft, insbesondere unseren Fachbereich. Der Grund dafür liegt darin, dass sich der Arbeitgeberverband „Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung“

(BGL) den Bauernprotesten angeschlossen und zur Beteiligung aufgerufen hat. Ihr Hauptanliegen ist zwar ein anderes – die Mauterhöhung, die bereits im Oktober beschlossen wurde – aber sie sehen die Möglichkeit, dieses Thema gemeinsam mit den Bauern öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Für sie ist es im Grunde ein Zeichen der Schwäche: Im Oktober konnten sie sich mit ihren Argumenten gegen die Mauterhöhung nicht durchsetzen, und nun versuchen sie, die Unzufriedenheit auf die Ampel-Regierung für sich zu nutzen.

Unsere Gewerkschaft beteiligt sich nicht an den Protesten. Bei der Mauterhöhung haben wir kritisiert, dass die Fahrer*innen außen vor gelassen wurden, da die von uns geforderte soziale Maut von der Politik nicht beschlossen wurde. Dennoch lehnen wir die Mauterhöhung nicht gänzlich ab. Die zusätzlichen Einnahmen werden zweckgebunden für die dringend notwendige Verbesserung der Infrastruktur der Bundesfernstraßen und des Schienennetzes verwendet. Da es so hohe Investitionsbedarfe gibt, können wir auch nicht weiter an der Schuldenbremse festhalten. Jetzt ist es höchste Zeit, der Transformation mit Investitionen zu begeg-

nen und Deutschland zukunftsfähig zu machen.

Im Gegensatz zur Darstellung des BGL bedeutet die Mauterhöhung nicht den Untergang des Klein- und Mittelstands. Zwar sind die Kosten gestiegen, und die Unternehmen müssen versuchen, diese auf ihre Kund*innen umzulegen. Dies dürfte in der Regel jedoch gelingen, da wir es hier nicht mit einer Branche zu tun haben, die einfach ausgelagert werden kann. Speditionen erbringen eine Dienstleistung, die vor Ort erfolgen muss. Die Behauptung der Arbeitgeber, dass die Arbeitsplätze in Gefahr sind, klingt eher nach reiner Panikmache, als nach einer realistischen Einschätzung der Situation. In dieser Branche wird niemand arbeitslos – vielmehr erleben wir einen Mangel an Arbeitskräften.

Zu guter Letzt möchte ich ein paar Worte zu den rechtsextremen Kräften verlieren, die versuchen, die Proteste für sich zu vereinnahmen. Ihre Agenda zeugt lediglich von eigenen Umsturzphantasien. Die Rechten waren noch nie Freunde der Arbeitnehmer*innen und in diesem Fall auch nicht. Angriffe auf Politiker*innen und Galgen als politische Symbolik lehnen wir entschieden ab.

Stefan Thyroke



Termine

AHLEN BeG Senior*innen Münsterland-Süd FB E, Mitgliedertreff, 1. Mittwoch im Monat, 10 – 12 Uhr, AWO, Freiheit 1.

ALBSTADT-EBINGEN BeG Senior*innen Zollernalb FB A, E, Stammtisch, 3. Donnerstag im Monat, 14 Uhr, „Brauhaus“, Bahnhofstr. 4, Albstadt.

AUGSBURG BeG Senior*innen FB E, Aktuelles unter psl-bayern.verdi.de/ueber-uns/senioren/augsburg

BERLIN BeG Senior*innen Charlottenburg/Spandau FB E, Treff Mitgliederguppe, 26. Februar, 18. März, jeweils 18 Uhr, „Zur Sorgenpause“, Krowelstr. 7, Zu- und Absagen unter Tel. 030 3726350.

BeG Senior*innen Reinickendorf/Wedding FB E, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 12 Uhr, Restaurant „Orakel“, Dannenwalder Weg 70; Info Tel. 0170 9358996.

BeG Senior*innen Steglitz/Zehlendorf FB E, Sprechstd., 1. Montag im Monat, 10 – 12 Uhr; Öffentl. Vorstandssitzung OSG-Steglitz/Zehlendorf, 1. Freitag im Monat, 10 – 12 Uhr, jeweils „Hertha-Müller-Haus“, Argentinische Allee 89, Anmeld. erforderlich bis 4 Werktage vorher unter Tel. 030 8033561, Name u. Tel.-Nr. auf AB hinterlassen, evtl. Rückruf.

BeG Senior*innen Tempelhof/Neukölln FB E, Sprechstd., 3. Montag im Monat, 10 Uhr, Mediengalerie, Dudenstr. 10; Info Tel. 017631324309.

BOTTROP BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Montag im Monat, 17.30 Uhr, „Hürter“, Gladbecker Str. 19 a.

BRAUNSCHWEIG/SALZGITTER OV Senior*innen FB A, E, Treff, letzter Dienstag im Monat, 15 Uhr, „Rote Wiese“, Info Tel. 05331 2424.

CASTROP-RAUXEL BeG Senior*innen FB E, Stammtisch, Samstag, 11 Uhr, „Kulisse“, Münsterstr. 1b.

CHEMNITZ OV Kraftfahrerkreis Sachsen West Ost Süd FB E, Sprechstunde, 1. Samstag im Monat, 8 – 12 Uhr, Haus der Gewerkschaften, Augustusburger Str. 31; Kontakt Tel. 0371 85798091, Mail kontakt@verdi-kfk-c-z.de

CRAILSHEIM BeG Senior*innen FB A, E, Treff, letzter Mittwoch im Monat, 14 Uhr, ESV-Gaststätte, Horaffenstr.

DORTMUND-LÜNEN BeG Senior*innen FB E, Sprechstd., letzter Dienstag im Monat, 10 – 12 Uhr, ver.di, Königswall 36.

DÜREN Kraftfahrerkreis Düren-Aachen FB E, Treff, 2. Samstag im Monat, 10 – 13 Uhr, Truck Stop Düren (A4), Im großen Tal.

DÜSSELDORF BeG Senior*innen FB E, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 14 Uhr, „Goldener Kessel“, Schumacher Altstadt, Bolker Str. 44.

ERFURT BeG Senior*innen Erfurt/Arnstadt/ Gotha FB E, Mitgliederversammlung, Frauentagsfeier, 15. März, 14 Uhr, Frauenzentrum Erfurt, Pergamentergasse 36, Domplatz, Anmeld. bis 11. März, Tel. 0151 75024374 oder Tel. 0361 5612800, 0361 65371030.

ESSEN/MÜLHEIM BeG Senior*innen FB E, Info-Vormittag, 1. Donnerstag im Monat, 10.30 Uhr, „St. Elisabeth“, Dolendorfstr. 51, Essen.

FORCHHEIM BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Donnerstag im Monat, 15 Uhr, „Eichhorn“, Bambergerstr. 9; Programm unter www.oberfrankenwest.verdi.de/personengruppen/senioren

FÜRTH BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Dienstag im Monat, 14 Uhr, „Heinrichsklaus“, Sonnenstr. 21; Anmeld. für Veranstaltungen bei den Stammtischen, Info Tel. 0911 730165.

GAU-BICKELHEIM Sprechstunde mit der Polizei, 1. Dienstag im Monat, 19 – 22 Uhr, Autohof.

GÖPPINGEN BeG Senior*innen Fils-Neckar-Teck, FB E, Stammtisch, 1. Mittwoch im Monat, 14 Uhr, „Eichertstüble Jebenhausen“, Falkenstr. 155, Göppingen; Frühjahrswanderung, Burg Hoherneuffen, 10. April, 14 Uhr; Info Tel. 07161 42403 o. Tel. 07162 931573.

GREVEN BeG BRIEF Münster FB E, Politischer Aschermittwoch, 14. Februar, 18 Uhr, Landhaus Rickermann, Bahnhofstr. 72, Greven-Reckenfeld,

Anmeld. bis 7. Februar; Jahreshauptversammlung, 11. März, wird verschoben, neuer Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

HAGEN BeG Senior*innen FB E, Info-Nachmittag, 10. April, 15 Uhr, AWO-Begegnungsstätte Boelerheide, Overbergstr. 125, Anmeld. erforderl. bis 5. April, Tel. 02338 8122

HALLE/SAALE BeG Senior*innen FB E, Frühlingstreffen, 13. März, 11 Uhr, Kantine „Tristan“, MDR-Funkhaus, Anmeld. Tel. 0345 5223845.

HAMBURG BeG Post Hamburg Süd FB E, Treff, 1. Montag im Monat, 15 – 17 Uhr, „Dubrovnik Kupferkanne“, J.-Ludowieg-Str. 6.

BeG Senior*innen Hamburg Süd FB A, E, Treff, 1. Montag im Monat, 15 – 17 Uhr, „Dubrovnik Kupferkanne“, J. Ludowieg-Str. 6, Klubzimmer 1. Stock.

BeG Senior*innen Hamburg Zentrum FB E, Treff, 3. Dienstag im Februar, April, 10.30 – 12.30 Uhr, ver.di, Besenbinderhof 60, Raum St. Georg, Ebene 9; Treff, 2. Dienstag im Dezember, 10.30 – 12.30 Uhr, ver.di, Besenbinderhof 60, Raum St. Georg, Ebene 9.

HEILBRONN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 3. Donnerstag im Monat, 14 Uhr, „Hofwiesen“, Hofwiesenstr. 40, Heilbronn-Sontheim.

IDAR-OBERSTEIN BeG Senior*innen Nahe-Hunsrück FB A, E, Büro ersatzlos gestrichen, Hilfe weiterhin möglich, Tel. 06785 9993055, 0151 75083776.

INGOLSTADT BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Mittwoch im Monat, 14.30 Uhr, „Fohlenweide“, Fohlenweide 1.

JENA/WEIMAR/GERA BeG Senior*innen FB E, Wandergruppe, 1. Woche im Monat, näheres unter Tel. 03641 446002 und 03641 449912.

KAISERSLAUTERN BeG Senior*innen FB A, E, Treffen, 1. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Gasthaus „Quack“, Entersweilerstr. 74, Anmeld. Tel. 06302 7727.

KIEL BeG NL DPAG Betrieb Kiel, Mitgliederversammlung, 21. April, 10.30 Uhr „Alter Landkrug“, Große Mühlenstr. 13, 24589 Nortorf.



Termine

KIEL/PLÖN BeG Senioren FB E, Jahreshauptversammlung, 11. April, 15 Uhr, Gewerkschaftshaus, Andreas-Gayk-Raum, Anmeld. bis 27. März, Tel. 0431 5195241, Mail ulrich-cieslik@t-online.de

KIRCHHEIM/TECK BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 3. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, „Hasen“, Siechenwiesen 1.

KÖLN BeG Köln West FB E, Mitgliederversammlung, 11. März, 17 Uhr, DGB-Haus, Großer Saal, Hans-Böckler-Platz, Köln.

LÜDENSCHIED OV Lenne/Volme FB E, Stammtisch, 1. Dienstag im Monat, 18 Uhr, Gaststätte „Friedrichshof“, Friedrichstr. 31; Treff, Dienstag, 18 Uhr, ver.di-Büro, 17 – 19 Uhr, Knapperstr. 42.

MANNHEIM BeG Brief, Stammtisch, 1. Montag, im Februar, April, 17 Uhr, „Krautwickel“, Mallaustr. 111.

BeG Senior*innen Rhein-Neckar FB E, Treff, 1. Montag im Monat, Fasching, 5. Februar, 14 Uhr, „Krautwickel“, Mallaustr. 111.

MARBURG BeG Senior*innen FB A, E, Treff, 2. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Details siehe Jahresprogramm.

MINDEN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 2. Donnerstag im Februar, 10 Uhr, „Zur Alten Fähre“, Barkhausen, Anmeld. für Frühstück bis montags vor dem Termin erforderlich, Tel. 0571 33554.

MÜNCHEN BeG Senior*innen FB A, E, Jahreshauptversammlung, 20. Februar, 14 Uhr, Neuhauser Bürgersaal „Trafo“, Nymphenburgerstr. 171 A.

MÜNSTER BeG Senior*innen FB E, Mitgliederversammlung, 5. Februar, 15 Uhr, Restaurant Hotel Münnich, Heeremansweg 11; Treff, 1. Montag im Monat (von März bis November, Ausnahme 8.4.), 15 Uhr, Restaurant Hotel Münnich, Heeremansweg 11; Info/Anmeldung Tel. 0251 97430230 oder Mail susanne.thiemann@magenta.de

NEUSS BeG Senior*innen FB A, E, Sprechstd., 1. Montag im Monat, 10 – 12 Uhr, ver.di, Glockhammer 31.

NÜRNBERG BeG Senior*innen Nürnberg/Schwabach/Roth FB A, E, Versammlung, 1. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Restaurant „Gartenstadt“, Buchenschlag 1; Info Tel. 09183 4374; Wandergruppe, Info Tel. 0911 863188, 0151 42880597.

OLDENBURG/UMLAND OV Senior*innen FB A, E, Digitalfotos, Info Tel. 0441 201203, Basteln, Spielen, Klönen, 2. Dienstag im Monat, 9 Uhr, Vereinslokal TV Metjendorf, Am Sportplatz, Info Tel. 0441 302972, Tel. 04402 4205; Jakkolo, alle 3 Wochen, Vereinslokal des TV Metjendorf, Am Sportplatz, Info 0441 302972, Info Tel. 0441 505137.

PFAFFENHOFEN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 3. Dienstag im Monat, 14 Uhr, „Hofbergsaal“.

REMSCHIED BeG Senior*innen FB E, Mitgliederversammlung, 20. März, 14.30 Uhr, „Lindenhof“, Honsberger Str. 38.

REUTLINGEN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 2. Donnerstag im Monat, Jahreshauptversammlung, 12. März, jeweils 14.30 Uhr, „Haus der

Begegnung“, Berliner Ring 6, Orschel-Hagen.

RHEINE BeG Senior*innen, Treffen, 1. Dienstag im Monat, 10 Uhr, AWO, Auf dem Thie 24, Anmeld. Tel. 05971 2223 oder Mail hbems@t-online.de

SCHWÄBISCH GMÜND BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Casino Altenheim St. Anna.

TRIER BeG Senior*innen FB A, E, Trier-Saar-Mosel-Eifel, Stammtisch, 7. März, 2. Mai, 9.30 Uhr, Bürgerhaus Trier-Nord, Hans-Eiden-Platz 4 (neben Blumen Lambert), Anmeld. erforderl. per Tel. 0160 96342728 oder Mail verdi-Senioren-pt.trier@t-online.de, weitere Veranstaltungen und Informationen Tel. 0170 7261679.

ULM BeG Senior*innen FB A, E, Monatstreffen, 1. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Söflinger Wirtshaus“; Info Tel. 07306 919333.

WEIDEN BeG Senior*innen Nordoberpfalz FB A, E, Treff, 1. Mittwoch im Monat, 14 Uhr, Cafe Mitte, Am Stockerhutupark 1.

WOLFENBÜTTEL OV Senior*innen FB A, E, Sprechstd., Montag, 9 – 12 Uhr, ver.di, Harzstr. 7; ver.di-Lohnsteuer-Service, Tel. 05331 88266.

WUPPERTAL BeG Senior*innen FB E, Mitgliederversammlung, 11. März, 10 Uhr, Einlass 9.30 Uhr, ver.di-Büro, Höftstr. 4, Anmeld. Tel. 0202 604758 oder Tel. 0202 309018.

WÜRZBURG BeG Senior*innen FB A, E, Versammlung, 1. Donnerstag im Monat (nicht im März), 14 Uhr, „Vierjahreszeiten“; Fischessen, 14. Februar; Jahreshauptversammlung, 7. März, 14 Uhr, „Vierjahreszeiten“; Weltfrauentag, 8. März; Seniorenwandergruppe, jd. Mittwoch im Landkreis, Info alfred.hoerner@t-online.de oder Tel. 0931 400040.

Alle Termine sind auch zu finden unter kurzelinks.de/vozc und unter orgawahlen.verdi.de

Kontakt

Geschäftsstellen und Rechtsberatung

Du benötigst rechtliche Hilfe oder hast eine Frage zu Tarifverträgen oder deiner Mitgliedschaft? Dann wende dich an deinen zuständigen ver.di-Bezirk. Diesen findest du unter: kurzelinks.de/894h

Für allgemeine Fragen steht dir *ver.di Direkt* zur Verfügung unter: 0800 83 73 43 3 (Mo. – Fr. von 7 bis 20 Uhr und Sa. von 9 bis 16 Uhr).

Digitale Ausgabe



kurzelinks.de/1fja